

# Leipziger Tageblatt

und  
Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

N<sup>o</sup> 119.

Dienstag den 28. April.

1868.

## Finanzieller Wochenbericht.

Die Haltung der Börse war die ganze Woche über eine feste, und die Coursbewegung nur geringfügig. Selbst österreichische Papiere hielten sich ziemlich unverändert, trotzdem die Möglichkeit einer noch stärkern Zinsreduction näher tritt. Oder glaubt die Börse, daß noch eine große Generalpause in der Kur eintreten wird, welche mit den Staatsfinanzen vorgenommen werden soll? So lange die Aerzte mit einander uneinig sind, ist allerdings noch Aussicht (wir hätten bald gesagt für den Kranken) für die Staatsgläubiger vorhanden, daß der tiefe Schnitt in ihr Fleisch sich verzögern wird. Fehlt es doch nicht an solchen, welche vorläufig durch die von Brestel vorgeschlagene schwebende Schuld von zwanzig Millionen und den Erlös aus zu verkaufenden Staatsdomainen auf ein Jahr das Deficit zu decken vorschlagen, um indeß die gesammten Bedürfnisse des Staatshaushalts kennen zu lernen und während dessen die rettende Steuerreform auf angemessene Weise ins Werk zu setzen. Unglücklicherweise rührt dieser Vorschlag von Leuten her, die selbst nicht an einen genügenden Erfolg der Steuerreform glauben. Erwägt man, daß außer der Bedeckung des Deficits im Staatshaushalte die Herstellung der Valuta und die Abtragung der Schuld von achtzig Millionen Gulden an die Bank noch zu den Aufgaben gehören, die früher oder später gelöst werden müssen, so wird man begreifen, wie leicht es dem Pessimismus werden muß, sich geltend zu machen. In wie weit die von Skene behauptete Steuerüberbürdung im Wesentlichen mehr auf einer ungleichen Vertheilung beruht, vermögen wir nicht zu beurtheilen.

Das Ministerium hat sich zwar für jeden Verbesserungsvorschlag seiner Anträge, aber gegen den Bankerott erklärt. Bankerott wäre demnach jede weitere Zinsreduction, die sich nicht durch den Mindersteuervertrag Ungarns motiviren ließe, als wenn für Jemand, der eine schlechte Speculation gemacht hat, seine Gläubiger die Beche rechtlich bezahlen müßten. Mit Recht moquiren sich daher österreichische Blätter über die curiose Fiction, daß eine Zinsreduction bis  $4\frac{1}{10}\%$  keinen Bankerott, dagegen auf  $4\%$  einen Bankerott vorstellen solle. Wenn unzweifelhaft nachgewiesen werden könnte, daß die paar Zehntel Procent den Finanzzustand Transleithaniens gründlich herzustellen vermöchten, so würden die Staatsgläubiger mit einer Verzinsung von 4 Procent gewiß zufrieden sein, da dann der Cours der österreichischen Papiere immer noch niedrig genug wäre, um Käufer anzulocken. Aber die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt müßte auch eine definitive sein, keine Spur der alten Krankheit dürfte mehr zurückbleiben. Das setzt wieder die gänzliche politische und wirtschaftliche Regeneration der Reichshälfte voraus, und Jeder weiß, daß die Beichte meist nicht dazu dient, um sich zu bessern, sondern um neue Sünden zu begehen, womit wir allerdings dem derzeitigen cisleithanischen Ministerium nicht zu nahe treten wollen. Ganz recht haben allerdings diejenigen, welche meinen, daß wenn man einmal Bankerott hätte machen wollen, dies vor dem Ausgleich, also gemeinschaftlich, mit dem dazu sehr bereit gewesenen Ungarn hätte geschehen müssen, nicht erst jetzt, wo die ganze Gehässigkeit davon auf Westösterreich allein siele.

Uebrigens würde, wollte man das regierungsseitig angegebene Deficit bloß durch die Couponsteuer und die Unification der Staatsschuld bestreiten, nur ein Zins von über  $2\%$  für die Staatsgläubiger übrig bleiben; mit Hinzufügung der angeblichen Ersparungen an der zu verändernden Wehrverfassung und des Mehrertrags von der Branntweinsteuer würde sich indeß der Betrag der Staatspapierverzinsung auf 3 bis  $4\%$  erhöhen, was immerhin nicht ungünstig genannt werden kann. Die Aussichten für ein näheres Eingehen des Abgeordnetenhauses auf das Finanzprogramm des Ministers sollen gestiegen sein. Welche Nachlässigkeit noch in der Geschäftsabführung auch der wichtigsten Staatsbücher in Oesterreich herrscht, zeigt die Entwendung von Notenplatten aus der Staatsdruckerei, mittels deren eine Menge Falsificate von Zehnkreuzerscheinen ins Publicum gebracht wurden, so daß die Regierung,

wie die Nachrichten besagen, sich genöthigt sehen wird, dieselben durch entsprechendes Silbergeld von geringem Gehalt zu ersetzen. Ein Seitenstück liefert allerdings Italien, wo massenhafte Fälschungen von Banknoten existiren. — Dem Fallissement der Schellenhoserischen Bierbrauerei ist rasch das der Wiener Export- und Importgesellschaft nachgefolgt, welche noch in der letzten Generalversammlung eine Dividende von  $18\frac{1}{2}\%$  erklärt hatte. Die Passiva betragen das Doppelte der Activa. So häufige Katastrophen haben den Justizminister Herbst zur Abfassung eines allgemeinen Gesetzes über Actiengesellschaften veranlaßt. Angeblich soll darin das Institut der Regierungskommissaire ganz aufgehoben und den Actionairen die Wahrung ihrer Interessen in erhöhtem Maße ermöglicht sein. Freilich die Oberaufsicht, wie sie die österreichische Regierung bisher ausübte, war nichts werth; in entsprechender Weise gehandhabt halten wir sie aber doch für förderlich. Wir werden ja sehen, was Herr Herbst für Mittel ausfindig gemacht hat, um sie zu ersetzen. Vielleicht eine erhöhte Verantwortlichkeit der Verwaltung und der Revisoren? — Es ist keine geringe Zahl, die herauskommt, wenn man die in den letzten anderthalb Decennien durch die Verwaltungen von Industrie-Unternehmungen geprellten Actionaire auch nur in Deutschland zusammenrechnet. Die Programme der Liquidationsbank Eichborn in Berlin stöbern häufig genug Ueberreste aus der Schwindelperiode auf, und wecken Erinnerungen aus jener Vergangenheit, welche man längst zu Grabe getragen wähnt. Fristet doch noch immer das Jammerbild der Dessauer Credit-Anstalt, ein wahrer Spott des Courzettels, sein elendes Dasein, bis die angestellten Directoren den letzten Groschen aufgezehrt haben werden.

Die Versammlung der englischen Eisenbahnactionäre zu Manchester möchte allerdings trotz der gemachten bitteren Erfahrungen von Staatsaufsicht nichts wissen, sondern will suchen selbst ihren Verwaltungen gegenüber sich zu helfen. Indes auch der „Economist“ bezweifelt, daß es ihnen gelingen wird, sich den Fallstricken der Directionen zu entziehen und ihnen genügend auf die Finger zu zeigen.

Die Coursbewegungen während der Woche aufzuzählen halten wir diesmal für überflüssig. Das Goldagio in New-York war wiederum im Steigen begriffen, und berührte den Cours von 40. Bei der Preussischen Bank nahmen in voriger Woche die Wechsel um 1,638,000 Thlr. zu, während die Oesterreichische Nationalbank eine Abnahme des Wechselportefeuille um circa 2 Millionen Gulden erlitt. Der Schlesische Bankverein zahlt  $7\frac{1}{2}\%$ , die Meininger Creditbank  $7\%$  Dividende. Die Märzannahme der hessischen Ludwigsbahn erreichte 52,000 Fl., die der Thüringischen Bahn 9000 Thlr. Die Köln-Mindener hatte auf der Hauptbahn ein Minus von 8000 Thlr. Die Franzosen haben laut der letzten Wochen-publication 246,000 Gulden, die Lombarden 92,000 Francs mehr eingenommen, wobei das wie stets nothleidende italienische Netz mit einer Mindereinnahme paradirte. Die Dividende der Lombarden beträgt immer noch  $6\frac{3}{5}\%$ . Wie wäre sie nach der bei preussischen Bahnen üblichen strengen Berechnung ausgefallen? — Der Rechnungsabluß der Galizischen Karl-Ludwigsbahn ist für die Actionaire trotz der Mindereinnahmen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres günstig genug. Danach werden  $9\%$  vertheilt und  $2\%$  für laufendes Jahr zurückgelegt werden. Charakteristisch dabei ist, daß in den Reservefonds nur die statutenmäßigen  $4\%$ , nämlich 66,000 Fl. kommen, während der Verwaltungsrath 160,000 Fl. Lantième erhält! —

Als Curiosum erscheint auf den ersten Blick, daß von den 20,000 Stück neuen Actien, welche den alten Actionairen zu pari angeboten waren, 4000 unbehoben blieben, trotzdem die Actien damals ein Agio zwischen 10 und  $20\%$  hatten, und die neuen Actien bereits an der Dividende Theil nahmen. Später freilich fielen die Actien unter pari. Ob diese 4000 Stück nicht in den Händen gut Unterrichteter sich befanden? — Am 1. October d. J. sollen die neuen Bahnen nach Brody u. s. w. dem Verkehr übergeben werden, und tritt damit ein neuer Moment für die Bahn in Wirkung.